



Berufungsentscheidung

Der Unabhängige Finanzsenat hat über die Berufung der Berufungswerberin gegen den Bescheid des Finanzamtes Deutschlandsberg Leibnitz Voitsberg vom 7. Juli 2008 betreffend Einkommensteuer (Arbeitnehmerveranlagung) 2007 entschieden:

Der Berufung wird Folge gegeben.

Der Bescheid betreffend Einkommensteuer 2007 wird abgeändert.

Die getroffene Feststellung ist dem als Beilage angeschlossenen Berechnungsblatt zu entnehmen und bilden einen Bestandteil dieses Bescheidspruches.

Entscheidungsgründe

Mit Erklärung zur Arbeitnehmerinnenveranlagung 2007 beantragte die Bw die Berücksichtigung des Freibetrages gemäß § 34 Abs. 8 EStG 1988 zur Abgeltung der Mehraufwendungen für die auswärtige Berufsausbildung ihrer Tochter.

Die Tochter besucht in Graz die "Volleyballakademie" des BG/BORG Graz Liebenau (HIB Liebenau). Als Beilage zur Arbeitnehmerveranlagung legte die Bw. eine Kopie der umfangreichen „Grundsätze und Richtlinien“ der Volleyballakademie HIB Liebenau vor. Darin wird in der Präambel ausgeführt, sämtliche Maßnahmen seien darauf ausgerichtet, Leistungssportkarrieren unter Berücksichtigung der schulischen Ausbildung zu ermöglichen und zu fördern. Primäres Ziel sei die Entdeckung und Förderung von sportlich talentierten Schülern und Schülerinnen,

die sich im Laufe der Zeit sowohl im österreichischen wie auch im internationalen Leistungssport erfolgreich bewähren sollten.

Das Finanzamt wies den Antrag mit der Begründung zurück, am Wohnort gäbe es ebenfalls ein BG/BORG. Der Unterschied der Schulen bestehe lediglich in den so genannten "Themenschwerpunkten": Während am Wohnort 5 verschiedene Themenschwerpunkte angeboten werden (jedoch kein Sport), werde in Graz nur Sport angeboten. Lehrplan und Reifeprüfung der Schulen seien ident, Unterschiede bestünden nur bei den Schwerpunkten.

In ihrer Berufung brachte die Bw vor, dass die Schulen nicht vergleichbar seien: So handle es sich bei der BG/BORG Graz Liebenau um eine so genannte Volleyballakademie (als Schulversuch) in die nur 4 Sportlerinnen aufgenommen werden. In der 7. Klasse sei zwingend eine praktische Vorprüfung zur Reifeprüfung abzulegen und bei Nichterfüllen der schulischen Anforderungen werde von einer Kommission über den Verbleib in der Schule entschieden. Damit sei eine Vergleichbarkeit mit dem "normalen" BG/BORG am Wohnort nicht gegeben.

Über die Berufung wurde erwogen:

Aufwendungen für eine Berufsausbildung eines Kindes außerhalb des Wohnortes gelten dann als außergewöhnliche Belastung, wenn im Einzugsbereich des Wohnortes keine entsprechende Ausbildungsmöglichkeit besteht (§ 34 Abs. 8 EStG 1988).

Strittig ist im Berufungsfall ausschließlich, ob die Schule am Wohnort („normales“ BORG) eine der besuchten Schule (BORG mit Zusatzausbildung zum (Spitzen)Ballsport) entsprechende Ausbildungsmöglichkeit bietet.

Der Verwaltungsgerichtshof hat dazu im Erkenntnis vom 25. Juli 2013, 2011/15/0026 entschieden, dass bei der Vergleichbarkeit der Ausbildungen auch auf durch die Ausbildung vermittelten Zusatzqualifikationen, die für eine künftige Berufstätigkeit im Bereich des Sports von Bedeutung sein können, Bedacht zu nehmen sei.

Bei der besuchten „Volleyballakademie“ handelt es sich um eine Schule, die zusätzlich zum Ausbildungsziel des Ablegens der Matura auch (bzw. besonders) auf den Erwerb der Qualifikation im Bereich des – beruflich auszuübenden – Spitzensports abstellt. Damit bietet die besuchte Schule für besonders begabte Kinder eine über das Ausmaß eines „normalen“ BORG hinausgehende Ausbildungsmöglichkeit.

Der Berufung war daher statt zu geben.

Beilage: 1 Berechnungsblatt

Graz, am 30. September 2013